

Die Bürgerrechtsbewegung Solidarität/BüSo

Außer den einschlägig bekannten Nazi-Parteien und Kameradschaften haben sich an den Protesten gegen Sozialabbau auch Organisationen und Parteien beteiligt, die moderat auftreten und ihre extrem rechte Gesinnung bei öffentlichen Auftritten nicht plakativ äußern. In Leipzig und in Berlin hat die Splitterpartei BüSo an Anti-Hartz-Demos teilgenommen. Die BüSo ist der deutsche Ableger einer international agierenden unter verschiedenen Namen auftretenden Politsekte. Vorgängerorganisation in Deutschland war die 1974 gegründete Europäische Arbeiterpartei, 1983 umbenannt in Patrioten für Deutschland, ab 1992 in BüSo. Die Bundesvorsitzende ist Helga Zepp-LaRouche, die Frau des Begründers des Organisationsnetzwerkes Lyndon LaRouche. LaRouche hat in mehreren Ländern Organisationen gegründet und eine internationale Jugendorganisation, das »LaRouche Youth Movement« (LYM) aufgebaut.

Das Ehepaar LaRouche verbreitet u.a. Verschwörungstheorien, in denen vom britisch-jüdischen Finanzkapital (»Britannien«) fantasiert wird, das beispielsweise Hitler an die Macht gebracht hätte und Bill Clinton stürzen wollte. Natürlich immer mit dem

Ziel die Welt zu destabilisieren und die Weltherrschaft zu erlangen. Da erstaunt es auch nicht, dass in Verlautbarungen der BüSo das antisemitische Bild vom schaffenden und raffenden Kapital bemüht wird. Die Ausstrahlung der Fernsehserie »Holocaust« sei von einer »verdeckt operierenden zionistischen Lobby in der Bundesrepublik« initiiert worden. Zepp-LaRouche fordert deshalb »den scheinheiligen Holocaust-Schwindel« auffliegen zu lassen. Die Frage aller Verschwörungstheoretiker: Cui bono? (Wem nützt es?) zieht sich durch die Veröffentlichungen des BüSo-Organs, der 'Neuen Solidarität'. Der Aufsatz »Was steckt hinter der 'Schweizer Nazigold-Affaire'« von 1997 kommt deshalb auch nicht ohne den Hinweis auf den angeblich von Juden beherrschten britischen Geheimdienst und die »internationale Freimaurergruppe B'nai B'rith« aus. LaRouche behauptet auf der BüSo-Homepage, dass die Anschläge vom 11. September 2001 von dem verzweifelten »Weltfinanzsystem« initiiert worden seien, um vom Zusammenbruch eben dieses »Weltfinanzsystems« abzulenken und um einen Krieg im Nahen Osten anzuzetteln. LaRouche: »Es ist völlig unvorstellbar, daß Osama bin Laden über die





Möglichkeiten verfügt, einen solchen Anschlag zu organisieren. Er ist ein Produkt der anglo-amerikanisch-israelischen [Geheimdienst-]Operationen ...«

Die BüSo versuchte immer mal wieder andere Organisationen wie ATTAC oder den DGB-Landesverband Thüringen zu unterwandern. Bisher erfolglos. Auch als Wahlpartei ist die BüSo erfolglos geblieben.

Die BüSo klagt rege gegen ihre KritikerInnen. Es ist u.a. gerichtlich untersagt zu behaupten, die BüSo sei antisemitisch und leugne den Holocaust.

In Leipzig gab es Widerstand gegen die Teilnahme der BüSo an den Montagsdemos, bei der bundesweiten Anti-Hartz-Demo in Berlin am 2. Oktober 2004 leider nicht.

Wenn wir uns die Vorschläge der BüSo zur wirtschaftlichen Entwicklung ansehen, so ist Folgendes auffällig:

- Die BüSo ist gegen das »internationale Finanzkapital«, dem sie – siehe oben – das Streben nach Weltherrschaft unterstellt und dem man die Schuld an der wirtschaftlichen Misere in der Welt zuschreibt. Sie fordert die Rückkehr zu starken nationalen Geldinstituten mit umfangreichen Goldreserven.
- Die BüSo fordert ein umfangreiches Investitionsprogramm, besonders im Bereich der Infrastruktur und lehnt sich damit an Gewerkschaftsforderungen an, die auf diesem Weg mehr Beschäftigung erzielen wollen. Auch die Forderung des SPD-Strategen Müntefering zu mehr Verantwortung des nationalen Kapitals in Bezug auf die Arbeitslosigkeit wurde

von der BüSo sehr begrüßt. Hier hat die Parteiprogrammatik Anknüpfungspunkte an Forderungen der Gewerkschaftsbewegung und die BüSo hofft auf Zuspruch aus den Reihen der Sozialdemokratie.

- Die BüSo fordert den Export von Hochtechnologien aus Europa zum »Ausbau der Eurasischen Landbrücke«. Schwerpunkte sind dabei der Transrapid und die Atomkraft, deren langfristig lebensbedrohenden Auswirkungen systematisch gelehnet werden. Eine führende Rolle dabei soll Deutschland übernehmen. Ziel ist die Gegenmacht zu »Angloamerika«, dem Bündnis Großbritannien/USA.

Diese Raumpolitik erinnert sehr an die geopolitischen Überlegungen vor allem der Nazizeit, in der man Deutschland als das »Volk ohne Raum« definierte mit einem natürlichen Streben um die Vorherrschaft gerade in diesen Räumen, in die nach BüSo-Vorstellungen deutsche Industriemacht vorstoßen soll.

Vor allem die Reorganisation des Geldmarktes hin in nationale Dimensionen steht den geostrategischen Zielen zur Ausdehnung der Wirtschaftsmacht diametral entgegen. Dabei handelt es sich um Projekte eines derart riesigen Ausmaßes, die eine nationale Wirtschaft selbst dann nicht vorfinanzieren könnte, wenn die Vorhaben langfristig rentabel wären.

Die Forderungen von BüSo sind darauf gerichtet, ihr Feindbild des internationalen – »jüdischen« – Kapitals zu bekämpfen mit Hilfe des Gegengewichtes eines »schaffenden«, also investiven, europäischen Kapitals. Dabei zielt die Gruppierung auf Zuspruch sowohl von der gewerkschaftlichen und sozialdemokratischen wie auch von der nationalistischen Seite.

Weiterführende Hinweise:

www.idgr.de, Stichwort Bürgerrechtsbewegung Solidarität (BÜSO)
<http://de.indymedia.org/2004/08/90291.shtml>
www.bueso.de